

Teil D

Gemeinde Mainstockheim



Bebauungsplan "Wunn II"
mit 1. Änderung des Bebauungsplanes „Wunn“

Grünordnungsplan

1. Rechtsgrundlagen und Anlass

Das Bundesnaturschutzgesetz sieht für die Bauleitplanung die Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung vor, wenn auf Grund dieser Verfahren nachfolgend Eingriffe in Natur und Landschaft zu erwarten sind. Nach der gesetzlichen Definition im Bundesnaturschutzgesetz sind Eingriffe solche Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen, die die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts oder das Landschaftsbild erheblich oder nachteilig beeinträchtigen können. Vermeidbare Beeinträchtigungen sind zu unterlassen. Dabei ist zu prüfen, ob das Planungsziel mit einem geringeren Eingriff in Natur und Landschaft – quantitativ, qualitativ oder an anderen Standorten im Plangebiet – erreicht werden kann; das gemeindliche Planungsziel als solches kann durch das Vermeidungsgebot nicht in Frage gestellt werden. Die Gemeinden sind gehalten, Möglichkeiten der Vermeidung zu ermitteln und in die Abwägung einzustellen. Unvermeidbare Beeinträchtigungen sind auszugleichen, soweit es zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege erforderlich ist. Der Ausgleich zielt auf eine Kompensation des Eingriffs, im Wesentlichen durch eine ökologische Aufwertung.

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes „An der Wunn“ weist die Gemeinde Mainstockheim ein ca. 1,03 ha großes Wohngebiet aus. Durch die Aufstellung des Bebauungsplanes mit integrierter Grünordnung erhalten die grünordnerischen Festsetzungen verbindliche Rechtskraft.

2. Lage und Charakteristik des Plangebietes

Das Plangebiet liegt im westlichen Ortsbereich von Mainstockheim und umfasst eine Fläche von ca. 1,03 ha. Die Erschließung des Plangebietes erfolgt über die Ortsstraße „An der Wunn“. Es liegt auf der Höhe zwischen von ca. 233 m und 242 m ü. NN. und das Gelände fällt in östliche Richtung hin ab.

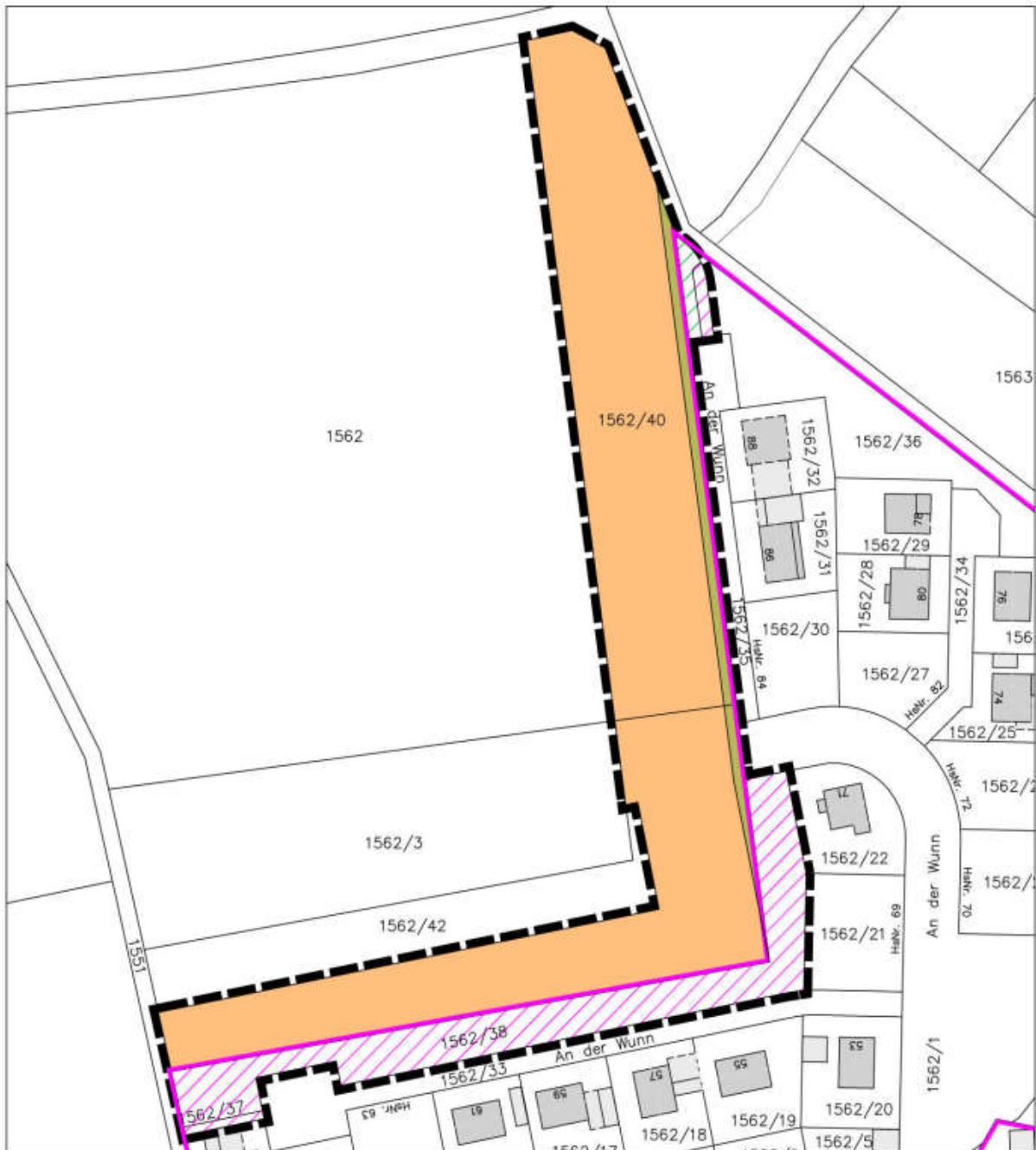
An das Plangebiet schließen im Norden, Osten und Süden bestehende Siedlungsflächen an. Im Westen grenzen landwirtschaftlich genutzte Flächen (Ackerflächen) an.

Für das Vorhaben ergibt sich folgende Flächenbilanzierung:

	Fläche in ha
Wohngebiet Nettobaufläche	0,8185
Verkehrsfläche	0,0932
öffentliche Grünfläche	0,1145
gesamt	1,0262

3. Bestandserfassung

Das Plangebiet ist durch intensiv genutzte Ackerflächen sowie randlich angrenzende Ruderalflächen (Straßennebenflächen) geprägt. Im Plangebiet befinden sich keine Flächen, die im Rahmen der amtlichen Biotopkartierung erfasst sind.



Bestand (Darstellung ohne Maßstab, genordet)

- *Legende siehe nächste Seite* -

Legende

	Grenze rechtskräftiger B-Plan "Wunn"
	WA (GRZ 0,35)
	Ausgleichsfläche A1 (Extensivgrünland)
	Geltungsbereich "Wunn II"
	Acker
	Ruderalfläche

Im Umgriff des rechtskräftigen Bebauungsplanes „Wunn“ befinden sich 2.050 m².

Folgende Flächen sind in diesem Bereich betroffen:

- Allgemeines Wohngebiet (WA mit GRZ 0,35)	1.980 m ²
- Ausgleichsfläche A1 (mit Festsetzung Extensivgrünland):	70 m ²

Für die Flächen des Allgemeinen Wohngebietes ergibt sich aufgrund der gleichbleibenden GRZ von 0,35 kein Ausgleichsbedarf. Die betroffene Teilfläche der Ausgleichsfläche A1 (mit Festsetzung Extensivgrünland ist ersatzweise auszugleichen.

Abzüglich der vorgenannten Flächen im Umgriff des rechtskräftigen Bebauungsplanes „Wunn“ verbleiben im Umgriff des Bebauungsplanes „Wunn II“ noch 8.212 m² (10.262 m² – 2.050 m²).

4. Grünordnung

Grünordnerische Maßnahmen auf privaten Flächen

Gemäß BauGB § 9 Abs. 1 Nr. 25a wird folgende Pflanzbindung festgesetzt:

- Baumpflanzung ohne Standortvorgabe

Je Bauparzelle wird die Pflanzung eines Laubbaum-Hochstammes (Mindestqualität H. 3xv. 14-16) oder eines Obstbaum-Hochstammes (Mindestqualität: H. 2xv. m.Db. 10-12) festgesetzt (ohne Standortvorgabe)

- Eine Heckeneingrünung mit fremdländischen Gehölzen (z.B. Lebensbaum, Scheinzypresse, Kirschlorbeer u.ä.) ist nicht zulässig.

- Die Anlage von Kies- oder Steingärten ist nicht zulässig.

- Die Beläge für die privaten Freiflächen wie Garagen, Stellplätze und Wege etc. sind mit versickerungsfähigem Material, wie z.B. Öko-Pflaster, Rasenpflaster, Platten mit Versickerungsfugen oder Ähnlichem herzustellen.

- Im Außenbereich sind insektenfreundliche Leuchtmitteln mit warmweißen LED-Lampen mit einer Farbtemperatur von 2700 bis max. 3000 Kelvin zu verwenden.

Maßnahmen auf öffentlichen Grünflächen

Gemäß BauGB § 9 Abs. 1 Nr. 25a wird folgende Pflanzbindung festgesetzt:

Entwicklung zu artenreichem Grünland durch Ansaat von Regio-Saatgut (z.B. von Rieger-Hofmann GmbH, Saatgutmischung: RSM-Regio mager-basisch für trockene bis mäßig trockene Standorte, 30 % Blumen / 70 % Gräser, Ansaatstärke: 3-7 g/m², Herkunftsregion: 11);
der Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln ist nicht gestattet;
extensive Grünlandnutzung durch Pflege mit 1-2 schüriger Mahd mit Mähgutentnahme (z.B. Wiesenutzung mit dem Schnittzeitpunkt ab 15. Juni).

5. Artenschutz

Gemäß Gutachten Büro ÖAW, Würzburg sind folgende Vermeidungsmaßnahmen zu ergreifen:

Die Räumung des Oberbodens ist außerhalb der Brutzeit der Feldlerche durchzuführen (Durchführung September bis Ende Februar). Soll die Räumung zu einem anderen Zeitpunkt erfolgen, ist zuvor zeitnah sicherzustellen, dass sich im Eingriffsbereich keine brütenden Vögel befinden.

6. Eingriffsregelung in der Bauleitplanung

Der Anwendung der Eingriffsregelung in der Bauleitplanung liegt der Leitfaden der Arbeitsgruppe beim Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung 2021 zugrunde.

Gemäß dem Leitfaden steht je nach Planungsfall für die Bearbeitung der Eingriffsregelung entweder das vereinfachte Vorgehen oder das Vorgehen in vier Arbeitsschritten (Regelverfahren) zur Verfügung. Da gemäß der Checkliste zur vereinfachten Vorgehensweise (s. Leitfaden S. 12) nicht alle Fragen mit „ja“ beantwortet werden können (z.B. bei 1.3 Maß der baulichen Nutzung), wird das Regelverfahren angewendet.

6.1 Bestandserfassung und -bewertung

Durch den Eingriff sind ausschließlich Biotop- / Nutzungstypen (BNT) mit einer geringen naturschutzfachlichen Bedeutung betroffen:

BNT	Wertpunkte (WP)	Fläche in m²
A11 Acker	2	7.712
K11 Artenarme Säume und Staudenfluren *	4	500
gesamt		8.212

* die unmittelbar neben der bestehenden Erschließungsstraße liegenden Flächen werden häufig als Lagerflächen für Baumaterial, Abfälle diverser Art, Rasenschnitt u.ä. genutzt

Gemäß Vorgabe Leitfaden „Bauen im Einklang mit Natur und Landschaft“ werden BNT mit einer geringen naturschutzfachlichen Bedeutung (mit einem Biotopwert zwischen 1 und 5) pauschal mit 3 WP bewertet.

Im Rahmen der Planung werden im Bereich bestehender Ackerflächen öffentliche Grünflächen im Umfang von 1.145 m² ausgewiesen. Auf diesen Flächen wird infolge der Ausweisung als Grünfläche mit einer damit einhergehenden Nutzungsextensivierung eine Verbesserung der ökologischen Wertigkeit erreicht. Diese Flächen sind deshalb grundsätzlich nicht als Eingriffsflächen, sondern als Ausgleichsflächen zu werten:

8.212 m² Eingriffsfläche – 1.145 m² Öffentliche Grünfläche = 7.067 m² Eingriffsfläche

6.2 Ermittlung der Eingriffsschwere

Für die Wohngebietsflächen wurde die Grundflächenzahl (GRZ) von 0,35 festgelegt.

6.3 Ermittlung des erforderlichen Ausgleichsbedarfs

Der Ausgleichsbedarf für die Wohngebietsfläche errechnet sich wie folgt:

Ausgleichsbedarf = Eingriffsfläche x Wertpunkte BNT x Beeinträchtigungsfaktor (GRZ)

Bedeutung	WP	Fläche in m ²	GRZ	Ausgleichsbedarf (WP)
BNT geringer Bedeutung	3	7.067	0,35	7.420

Planungsfaktor:

Der rechnerisch ermittelte Ausgleichsbedarf kann bei Maßnahmen entsprechend Anlage 2, Tabelle 2.2 um einen Planungsfaktor bis zu 20 % reduziert werden, soweit im Rahmen der Weiterentwicklung und Optimierung der Planung durch Vermeidungsmaßnahmen am Ort des Eingriffs die Beeinträchtigungen verringert werden.

Aufgrund der Festlegung folgender Maßnahmen kann der Ausgleichsbedarf um einen Planungsfaktor von jeweils 5 % reduziert werden:

- a) Festsetzung der Pflanzung eines Laubbaum-Hochstammes oder eines Obstbaum-Hochstammes je Bauparzelle
- b) Erhalt der Wasseraufnahmefähigkeit des Bodens durch Verwendung versickerungsfähiger Beläge im Bereich von Stellplätzen und Wegen
- c) Verwendung von insektenfreundlicher Außenbeleuchtung mit warmweißen LED-Lampen (2700 bis max. 3000 Kelvin)

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Maßnahmen kann der Ausgleichsbedarf somit um einen Planungsfaktor von 15 % reduziert:

errechneter Ausgleichsbedarf (WP)	7.420
abzügl. Planungsfaktor 15 % (WP)	- 1.113
verbleibender Ausgleichsbedarf (WP)	6.307

Im Rahmen der Planung werden öffentliche Grünflächen im Umfang von 1.145 m² ausgewiesen. Auf den öffentlichen Grünflächen (siehe Festsetzungen unter 4. Grünordnung) wird eine Verbesserung der ökologischen Wertigkeit erreicht. Sie werden deshalb als interne Ausgleichsflächen gewertet.

Im Umgriff des rechtskräftigen Bebauungsplanes „Wunn“ befindet sich eine Teilfläche (70 m²) der Ausgleichsfläche A1 (mit Festsetzung Extensivgrünland). Infolge der Inanspruchnahme dieser Fläche für den Bebauungsplan „Wunn II“ ist diese ersatzweise auszugleichen. Im Folgenden werden daher nur öffentliche Grünflächen im Umfang von 1.075 m² als Ausgleichsfläche gewertet:

Maßnahme	Entwicklung Extensivgrünland		
Fläche	1.075 m ²		
	BNT	Bezeichnung	WP
Ausgangszustand	A11	Acker	2
Prognosezustand	G212	Mäßig extensiv genutztes, artenreiches Extensivgrünland	8
Aufwertung			6
Ausgleichswert	1.075 m ² x 6 WP = 6.450 WP		

Auf den öffentlichen Grünflächen wird der Ausgleichswert von 6.450 Wertpunkten erreicht.

Für den naturschutzrechtlichen Ausgleich steht folgende Fläche zur Verfügung:
Gemäß BauGB § 9 Abs. 1 Nr. 20 gilt für die Teilfläche im Umfang von 0,1145 ha der Fl.Nr. 1562/40, Gmkg. Mainstockheim (Katasterfläche: 0,4564 ha) folgende Festsetzung:

Umgrenzung von Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Bilanzierung:

Für das Vorhaben werden somit die erforderlichen Ausgleichsflächen bereitgestellt.

aufgestellt: 11.09.2025

Dipl.-Ing. Landschaftsarchitekt Simon Mayer
Würzburger Straße 53, 97250 Erlabrunn